

Schwung dahin

Ministerpräsident Holger Börner hat die aufsässigen Hessen-Genossen auf Regierungskurs gezwungen. Jetzt droht der Partei eine Abwanderungswelle zu den Grünen.

Gernot Grumbach, 28, Vorsitzender der südhessischen Jungsozialisten, bezog eine neue Position. Die „Umorientierung der Politik“, verkündete der Juso-Chef, werde jetzt auch „unabhängig von der SPD in außerparlamentarischen Aktionen“ betrieben.



Börner-Kritiker Coppik
„Marsch nach rechts oben“

In dem von grünen Protestlern gebauten Hüttendorf auf dem Gelände der umstrittenen Startbahn West bei Frankfurt wollen sich Grumbach und seine Juso-Schar, wenn geräumt wird, „um das selbstgezimmerne Baumhaus versammeln“ und verhindern, „daß es einfach von oben runtergeholt wird“.

Auch Manfred Coppik, 37, der als Linksabweichler im Bonner Bundestag gegen Aufrüstung und Atomkraftwerke wettet, hat sich vom SPD-Kurs abgesetzt. Er kündigte seine Mitarbeit im Vorstand des südhessischen Parteibezirks auf, weil ihm dort die „Effektivität der Umsetzung politischer Inhalte zu gering war“. Coppik versteht sich nicht mehr „mit den sogenannten Linken, die den Marsch von links unten nach rechts oben gehen“ und „nur dafür Sorge tragen, daß der Aufruhr nicht zu groß wird“.

Streitbaren Sozialdemokraten vom Schlage des Startbahngegners Grumbach und des Abrüstungskämpfers Coppik ist die südhessische SPD allzu



Sozialdemokrat Börner*: Geschlossenheit eines Sargdeckels?



Börner-Kritikerin Wiczorek-Zeul
Abschied vom Genossen Trend

zahn geworden. Denn der „Rebellenbezirk“, wie ihn der CDU-Landesvorsitzende Alfred Dregger gern brandmarkt, hat seinen Ruf, Vorhut der Partei zu sein, unter dem Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Holger Börner eingebüßt. Linke Thesen zu Reizthemen wie Investitionslenkung oder Radikalenerlaß, mit denen die Hessen ihre Bundes-Genossen jahrelang immer wieder aufzurütteln versuchten, werden seit einiger Zeit eher von Genossen aus Hamburg oder Baden-Württemberg vertreten.

Beim Streit um Kernkraft und Abrüstung rutscht dem zweitgrößten SPD-Bezirk der Bundesrepublik (nach Westliches Westfalen) neuerdings die linke

* Auf dem SPD-Sonderparteitag am 20. Juni in Wiesbaden.

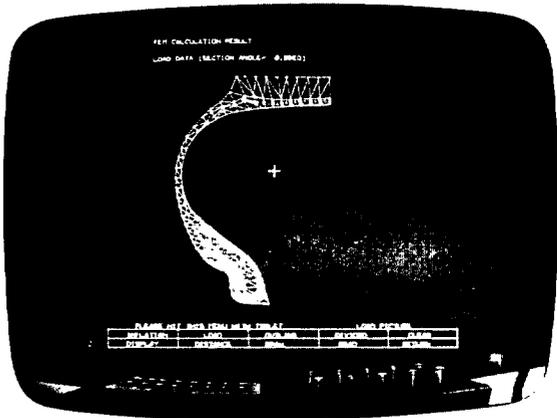
Basis weg. Während viele Genossen, die bisher wacker gegen Startbahn, Atommeiler und Nato-Rüstung zu Felde zogen, auf den Wiesbadener Regierungskurs einschwenken, wandern vor allem junge Leute, die sich mehr um die Umwelt als um das Wachstum sorgen, zu den Grünen ab.

Begonnen hatte der „unheimlich starke Abgang“ (ein Frankfurter Genosse) in den Anrainergemeinden des Flughafens. Der Ortsverein Rüsselsheim beklagte schon 1979 den Austritt von 29 Mitgliedern, denen die SPD „zu einem Kanzlerwahlverein verkümmert“ schien. Darunter waren vor allem sozialdemokratische Umweltaktivisten, die sich schnell zu den Grünen schlugen.

Beschleunigt wird diese Entwicklung, so scheint es, durch politische Kraftakte Börners, der — wegen der Frankfurter Startbahn, eines dritten Reaktorblocks in Biblis und einer Wiederaufarbeitungsanlage von vielen Parteifreunden scharf gerügt — auf einem Sonderparteitag der hessischen SPD am vorletzten Sonntag die Vertrauensfrage stellte.

Zwar brachte Börner mit diesem Druckmittel mehr als zwei Drittel der Delegierten hinter sich. Doch bei den Unterlegenen, vor allem aus Hessens Süden, ist der Verdruß über die Politik des sozialliberalen Kabinetts in Wiesbaden weiter gewachsen.

Noch bei ihrem Bezirksparteitag eine Woche zuvor hatten die Südhessen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, wenn auch nicht so deutlich wie im Vorjahr, abgelehnt. Auf dem Landesparteitag in Wiesbaden jedoch zeigte sich die Mehrheit der Delegierten aus Südhessen beeindruckt von der



Reifen mit Raumfahrt-Technologie konstruieren, z.B. unter Verwendung der "Finite Element"-Methode, einem neuen Strukturanalyse-Verfahren, das von der NASA-Weltraumforschung entwickelt wurde. Dieses fortschrittliche Verfahren ist nur eine der Techniken, mit denen bei Bridgestone geforscht und entwickelt wird. Unter Reifenherstellern ist Bridgestone für sein Wissen um Gummimischungen berühmt, ein Ergebnis der Molekular-Forschung. Und durch Neuentwicklung hat Bridgestone auch auf anderen mit Gummi zusammenhängenden Bereichen eine führende Position erreicht.

stone...

Vor 50 Jahren gründete Herr Shojiro Ishibashi die Firma Bridgestone, heute Japans größter Reifenhersteller. Als ein Mann mit Weitblick hatte er von Anfang an die Absicht, sein Unternehmen an die Spitze der Gummi- und Reifentechnologie zu bringen.

Heute ist Bridgestone der fünftgrößte Reifenhersteller der Welt und damit größer als mancher Reifenproduzent, den Sie so kennen, und einer der expansivsten. Jährlich werden über 50 Millionen Reifen hergestellt, dafür verbraucht Bridgestone mehr Roh-Gummi als alle Hersteller der Bundesrepublik zusammen.

Bridgestone's Verpflichtung zur Reifenqualität zeigt sich in allen Bereichen der Entwicklung und der Produktion. Oberstes

Ziel ist: die Reifenkonstruktion auf die Fahrzeuge sowie auf die Straßen- und Fahrverhältnisse der Länder abzustimmen, in denen sie verkauft werden sollen.

Darum werden Bridgestone-Reifen auf Westdeutschlands Autobahnen ebenso wie auf dem Kopfsteinpflaster Belgiens oder Frankreichs, auf regenreichen englischen Straßen wie auf den Superhighways Amerikas von Alaska bis Mexiko gefahren. Bridgestone bewährt sich auf Straßen von über 150 Ländern der Welt durch Sicherheit und Zuverlässigkeit.



Bridgestone bedeutet Qualität.

Schwarzmalerei des angeschlagenen Regierungschefs.

Börners Mahnungen („Wenn wir den Konservativen die Macht in die Hände geben, werden sie sie zu behaupten wissen“) verfangen ebenso wie die düsteren Prognosen um Ausgleich bemühter Genossen: „Wir haben“, prophezeite einer, „bald nur noch die Geschlossenheit eines Sargdeckels.“

Mit breiter Mehrheit votierten die Delegierten für die Flughafen- und Kernkraftpläne des Ministerpräsidenten. Hans Krollmann, Chef der eher ländlich-konservativen Nordhessen, freute sich über die nachgiebigen Süd-Genossen: „Noch nie waren die beiden Bezirke so dicht zusammen.“

Börners Parteitagstaktik, die nach Ansicht der früheren Juso-Bundesvorsitzenden Heidemarie Wiczorek-Zeul „ein autoritäres Verständnis von Demokratie“ verrät und die für den hessischen Juso-Chef Norbert Schüren gar einen glatten „Erpressungsversuch“ darstellt, war der bislang massivste Versuch des Regierungschefs, die aufsässigen Genossen aus dem Süden auf Vordermann zu bringen.

Schon bald nach seinem Amtsantritt 1976 hatte der Ministerpräsident durchgedrückt, daß der neu gestaltete Landesverband mehr Einfluß erhält — auf Kosten des südhessischen Bezirks. Jetzt kommt Börner zudem zugute, daß der Südhessen-Vorstand längst nicht mehr so links gewirkt ist wie einst. Fred Gebhardt etwa, Vorsitzender des Unterbezirks Frankfurt und ehemals Verfechter linker Positionen, fungiert mittlerweile „als Vollstrecker der Politik von Holger Börner“ (Coppik).

Der Sinneswandel, der viele südhessische Genossen unter dem Druck aus Wiesbaden befallen hat, bleibt nach Ansicht unbeirrter Linker nicht ohne Wirkung: Der Mitgliederschwund nimmt rapide zu. Vor vier Jahren zählte der Bezirk noch knapp 100 000 Genossen, jetzt sind es rund 7000 weniger, und einst Aktive bleiben allerorten den Versammlungen fern.

In Frankfurt beispielsweise werden Hauptversammlungen der Jungsozialisten, in deren Anwesenheitslisten sich früher 700 Mitglieder eintrugen, nur noch von „maximal 80 bis 100 Leuten“ besucht (Juso-Vorsitzender Jan von Trott). In einigen Frankfurter Ortsvereinen hat sich, wie in Sachsenhausen-Ost, die Zahl der SPD-Mitglieder nach Feststellungen des Vorstands „fast halbiert“.

„Früher hatten wir einen Genossen Trend“, erinnert sich der Parteilinke Martin Wentz, „die Jungen waren überrepräsentiert.“ Nun aber ist einer wie Fred Gebhardt froh, daß in seinem Frankfurter Unterbezirk wenigstens die Alten bleiben: „Der Schwung von früher ist unwiderruflich dahin.“

Da helfen Gewaltakte wie Börners erzwungener Machtbeweis wenig. Hei-

demarie Wieczorek-Zeul ist sogar sicher, daß Warnungen des Ministerpräsidenten an die Mitglieder, sich ja nicht an einem Volksbegehren gegen die Startbahn zu beteiligen, endgültig „den Grünen die Infrastruktur schaffen“.

SPD-Linke fürchten überdies, daß sich demnächst auch die hessischen Wähler zuhauf den Grünen zuwenden könnten — wie in Hamburg, wo nach dem Rücktritt des Kernkraft-Kritikers Klose vom Bürgermeisteramt Umfrageergebnisse publik wurden, nach denen unter den Jungwählern die Anhänger der Grünen (31 Prozent) die SPD-Sympathisanten (27 Prozent) bereits überflügelt haben.

In Frankfurt votierten bei der letzten Kommunalwahl im März bereits 25 Prozent der Jungwähler grün. Coppik über die hessischen Landtagswahlen im Herbst 1982: „Da wird die Partei eine Quittung bekommen, die sich wachsen hat.“

STÄDTE

Virtuos gehandhabt

In Wiesbaden wird ein Altbauviertel mit Einfallsreichtum saniert. Stadtplaner halten das Konzept für vorbildlich.

Abrüßbirnen schlugen gegen Fenster, Türen und Mauern; Sperrmüll und Trümmerstücke stürzten in die Höfe. Den Rest besorgten die Bagger.

An Römerberg und Röderstraße im verslumten Wiesbadener Altbauviertel Bergkirche wurden vor nunmehr gut zehn Jahren viele Häuser abgeräumt. Andere Gebäude verfielen von selbst,

alteingesessene Mieter ergriffen die Flucht, und Ausländer rückten nach — ein Bild wie in vielen Großstädten der Bundesrepublik.

Der Wiesbadener Stadtteil war reif für die Einebnung, der renommierte Städtebauer und Architekt Ernst Mayriet in einem Gutachten zur „Flächensanierung“.

Doch Wiesbadens Kommunalpolitiker schlugen einen anderen Weg ein. Anstatt alles kahlzuklopfen, entschieden sich die Stadtentwickler, sanft zu sanieren. Die noch erhaltene Bausubstanz war Grundlage für den Wiederaufbau, die alten Bewohner wurden am Ort gehalten — dies alles nach einem Modell, das Städteplaner inzwischen als beispielhaft auch für andere Kommunen ansehen.

Die Aufwertung der verrotteten Wohngegend ist für Peter Marcuse, Professor für Stadtentwicklung an der Columbia-Universität in New York, ein „Musterbeispiel für gelungene Stadtreparatur“. Und im Bundeswettbewerb „Stadtgestaltung/Denkmalschutz im Städtebau“ erhielt Wiesbaden für seine „vorbildliche Stadtsanierung“ eine Goldmedaille. Das Konzept der Stadt, eine „wohlüberlegte Organisation“ sowie die „virtuose Handhabung der Rechtsinstrumente“, urteilte die internationale Jury, sei einmalig in der Bundesrepublik. Und den Wiesbadenern gelang es immerhin — auch das eine Ausnahme —, Hausbesetzer fernzuhalten.

In dem Stadtteil sind, seit Beginn der Sanierung vor fünf Jahren, zahlreiche Etagenhäuser ausgebaut und modernisiert worden, teilweise nach den alten Plänen aus der Gründerzeit — zugleich aber auch nach den Richtlinien für den Sozialen Wohnungsbau. Hinter restau-

rierten Stuck- und Klinkerfassaden haben alle Wohnungen Bad, WC und Sammelheizung, die meisten einen Balkon. Miete pro Quadratmeter: unter vier Mark.

Abgebrochen wurde nur, was wirklich nicht erhaltenswert war. In Baulücken, wo Baracken standen und Unfallautos rosteten, fügten sich jetzt Neubauten ein, mit Erker, Loggien und gestaffelten steilen Dächern, in denen sich Wohnungen maisonettenhaft über zwei Etagen erstrecken.

Fast 500 Wohnungen im Sanierungsgebiet sind bereits fertig und bezogen, in den Erdgeschossen fanden 64 „Gewerbeeinheiten“ (Amtsjargon) Platz: Tante-Emma-Läden, Kneipen und Friseursalons, Arztpraxen und Apotheken, eine Tischlerei und ein Teehaus.

Das Wiesbadener Sanierungsmodell, glaubt Marcuse, habe „exemplarischen Charakter“, weil viele Probleme „typisch“ seien „für die überalterten Viertel am Cityrand aller großen Städte“.

So registrierten Planer zu Beginn der siebziger Jahre auch in dem 15 Hektar großen Areal rund um die Bergkirche

- ▷ Verkehrsbelastungen: Durch dicht umbaute Wohnstraßen wälzten sich stündlich Tausende von Fahrzeugen, deren Abgase und Lärm-Immissionen die Gesundheit der Anwohner gefährdeten;
- ▷ Baumängel: In den Häusern, meist vor 1914 entstanden, mangelte es an modernen sanitären Einrichtungen. 82 Prozent der Wohnungen verfügten über kein Bad, 73 Prozent über keine Toilette, in der Nähe fehlten Spielplätze und Grünanlagen;
- ▷ Überalterung: Jeder dritte Bewohner war älter als 60 Jahre, nur 13 Prozent waren jünger als 18 Jahre;
- ▷ Überfremdung: Von 3500 Bewohnern waren 1350 Ausländer, die Gettobildung verstärkte sich.

Doch anders als in vielen Städten der Bundesrepublik, wo die Erneuerung der Stadtkerne fast immer zu Lasten der Altsiedler ging, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind, hatten Wiesbadens Stadtplaner frühzeitig erkannt, daß „Sanierung vorwiegend eine soziale Aufgabe“ ist, so Adolf Gastl, Leiter im Amt für Wohnungs- und Siedlungswesen, der das ehrgeizige Vorhaben organisiert. „Wir wollten“, umschreibt Sozialdezernent Ernst Alfred Reese (SPD) die städtische Absicht, „nicht nur Betroffene, sondern Mitwirkende.“

Modernisierungsmodelle für alte Viertel rund um die City hat es, in Ansätzen, auch anderswo gegeben. In Hannover-Linden etwa wurde ein Konzept der Architektengruppe „Agsta“, das eine „Verbesserung der Wohnverhältnisse zu tragbaren Belastungen“ verspricht, bereits an einem Dutzend Häuser erfolgreich abgeschlossen —

Wiesbadener Sanierungsgebiet Bergkirche: Bürger entscheiden über Abriß

